



Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Jetzt gemeinsam europäisch Handeln und Corona Krise entschlossen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihre Regionen schwer getroffen haben.
2. Der Landtag fordert von der Landesregierung, auch weiterhin hessische Hilfe und Unterstützung für die am schwersten betroffenen Regionen anzubieten. Diese gilt insbesondere für unsere Partnerregion Emilia Romagna.
3. Der Landtag geht davon aus, dass die Bekämpfung und Bewältigung der Corona-Pandemie jetzt und in den kommenden Monaten ein zentrales Handlungsfeld der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten ist. Darauf muss auch die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 reagieren.
4. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass die Europäische Union Krisen nur gemeinsam lösen kann und begrüßt die ersten Schritte, die Rat, Europäische Kommission und das Europäische Parlament zur Bekämpfung der Corona-Krise auf den Weg gebracht haben. Dazu zählt ausdrücklich auch das Programm SURE, mit dem befristet und auf Darlehensbasis die Mitgliedsstaaten ihre stärker als vor der Krise erwartbar in Anspruch genommenen Programme zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, etwa Kurzarbeitsregelungen, finanzieren können.
5. Der Landtag stellt fest, dass auch in Krisenzeiten das Verschuldungsverbot der EU gelten muss. Statt über etwaige Corona-Bonds zu streiten, sollten bestehende Instrumente genutzt und zielgenau eingesetzt werden. Es darf keine Umverteilung zu Lasten einzelner Mitgliedstaaten geben, zumal es ja auch in den einzelnen Mitgliedstaaten weiterer großer Anstrengungen bedarf. Der Landtag sieht nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 eine besondere Verantwortung aller Institutionen, jedes Instrument auf die Vereinbarkeit mit den europäischen Verträgen zu prüfen und den elementaren Grundsatz des Verbots der monetären Staatsfinanzierung einzuhalten.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Freizügigkeit in Europa bei vergleichbaren Schutzkonzepten und niedrigen Infektionsraten nicht länger als notwendig eingeschränkt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 06. Mai 2020

Der Fraktionsvorsitzende:

Rock